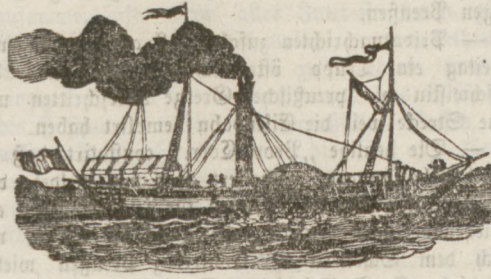


# Danziger Dampfboot.

№ 130.

Donnerstag, den 7. Juni.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaisengasse Nr. 5, wie auswärts bei allen königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hefige auch pro Monat 10 Sgr.



1866.

37ter Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.  
Inserate nehmen für uns außer halb an:  
In Berlin: Metemeyer's Centr.-Btgs. u. Annonc.-Büreau.  
In Leipzig: Eugen Fort. G. Engler's Annonc.-Büreau.  
In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Büreau.  
In Hamburg, Frankf. a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris: Haafenstein & Bogler.

## Telegraphische Depeschen.

Altona, Mittwoch 6. Juni

Eine gestern Abend stattgehabte Volksversammlung von ca. 3000 Personen nahm einstimmig folgende Resolutionen an: sie dankt Oesterreich für die von ihm am Bunde abgegebene Erklärung, wünscht aus der aufgedrungenen Passivität herauszutreten und hält fest an dem Recht der Selbstbestimmung zum Zweck der Herstellung eines Sonderstaates unter dem Prinzen von Angustenburg.

Kiel, Mittwoch 6. Juni.

Die „Kieler Zeitung“ bringt das Einberufungspatent der Stände; dasselbe ist vom 5. Juni datirt. v. Gablenz beruft im Auftrage des Kaisers die Ständeversammlung Holsteins zum 11. Juni. Die Abgeordneten oder deren Stellvertreter haben sich in Isehoe einzufinden und die Verhandlungen so einzurichten, daß dieselben binnen 3 Monaten beendet sind.

Hannover, Mittwoch 6. Juni.

Die zweite Kammer genehmigte in ihrer heutigen Sitzung den von Bennigsen gestellten Antrag, welcher auf die augenblickliche politische Lage Bezug hat; dagegen wurde der ebenfalls hierauf bezügliche Beschluß der Adelskammer unter dem Widerspruch der Minister abgelehnt.

Dresden, Mittwoch 6. Juni.

Dem heutigen „Dresdener Journal“ zufolge hätte Preußen bei der General-Zoll-Conferenz einen Antrag auf Vertagung derselben eingebracht. Es seien in Folge dessen die Verhandlungen sistirt worden und stehe demnächst deren Vertagung zu erwarten.

Frankfurt a. M., Mittwoch 6. Juni.

In der heutigen Sitzung des Bundestages wurde der Antrag Baierns auf Neutralisirung der Bundesfestungen Mainz und Rastatt, sowie auf Zurückziehung der österreichisch-preussischen Truppen aus denselben wie aus Frankfurt, einstimmig angenommen. — Oldenburg protestirte feierlich gegen jede Kompetenz der holsteinischen Stände bei einer Entscheidung der Erbfolgestrage.

Stuttgart, Mittwoch 6. Juni.

Die Abgeordnetenkammer hat in ihrer heutigen Sitzung mit 58 gegen 31 Stimmen der Regierung das erste und zweite Aufgebot der Landwehr zur Verfügung gestellt.

Karlsruhe, Mittwoch 6. Juni.

Die Reise des Großherzogs von Baden nach Pillnitz hatte den Zweck, auf Grund der Bundesreform und der Berufung des Parlaments einen Friedensversuch zu machen. Seine Bemühungen sind gescheitert.

Wien, Mittwoch 6. Juni.

Der französische Botschafter am hiesigen Hofe, Herzog von Gramont, ist heute aus Paris hierher zurückgekehrt. Derselbe hatte heute Mittag bereits eine Konferenz mit dem Grafen Mensdorff.

Mailand, Mittwoch 6. Juni.

Die gestrige „Perseveranza“ meldet, daß die Central-Congregation Venedigs gegen die Zwangsanleihe protestirt und erklärt hat, daß deren Vertreibung in der gegenwärtigen Lage Venetiens ungerecht und unmöglich sei.

Konstantinopel, Dienstag 5. Juni.

Der bisherige Großvezier Fuad Pascha ist seines Amtes enthoben worden. Zu seinem Nachfolger wurde, nachdem Ali Pascha abgelehnt hatte, Rusdi Pascha ernannt, welchem in seiner Eigenschaft als Seraskier Niza Pascha folgte.

Brüssel, Mittwoch 6. Juni.

Preußen hat, so wird glaubhaft berichtet, die neutralen Mächte davon in Kenntniß gesetzt, daß es seine Souveränitätsrechte in Schleswig-Holstein, die auf dem Wiener Frieden vom 30. October 1864 basiren, von Oesterreich bedroht sehe, indem letzteres die Uebertragung der Entscheidung in der Elbherzogthümerfrage auf den Bundestag versucht und einseitig die Berufung der holsteinischen Stände angeordnet habe. Preußen werde zur Wahrung dieser Rechte in erster Linie die erforderlichen friedlichen Schritte thun. Es müsse aber auf Grund seiner Mitsouveränität in Holstein die bloß Namens Oesterreichs erfolgte Einberufung der holsteinischen Stände für rechtungswidrig erklären und ebenso jede einseitige Verfügung des österreichischen Statthalters in Holstein und der dortigen Landesregierung, so lange das Wiener Cabinet den in Frankfurt gethanen Schritt, welcher den Gasteiner Vertrag aufhebt und den Wiener Frieden verlegt, nicht zurücknimmt. Preußen will übrigens die Gesamtvertretung von Schleswig-Holstein und keine Sondervertretung von Holstein einberufen wissen.

Paris, Mittwoch 6. Juni.

Der gestrige „Abendmoniteur“ schreibt: Nach Londoner Nachrichten haben England und Rußland in Paris erklärt, daß die von Seiten Oesterreichs aufgestellten Reserven ein ersprießliches Resultat des Kongresses verhindern. — Wie die „Patrie“ mittheilt, hat in der gestrigen Konferenz in Betreff der Donaufürstenthümer die Türkei ihren Protest erneuert und eine bewaffnete Intervention beantragt. Rußland gab zu verstehen, es würde ebenfalls interveniren, wenn die Pforte intervenirt. Einen Entschluß hat die Konferenz darüber nicht gefaßt.

London, Mittwoch 6. Juni.

Auf eine Interpellation Peels erwidert Gladstone, wie England darin mit Frankreich übereinstimme, daß die von Oesterreich aufgestellten Bedingungen bezüglich der Ausschließung von eventuellen Gebietsveränderungen von dem Konferenzprogramm die Konferenzen unmöglich machen. Leider sind dadurch die Konferenzen als gescheitert anzusehen.

## Die Stimmung in Deutschland.

In Deutschland beginnt man in gemäßigten Kreisen immer mehr zu fühlen, daß ein Krieg zwischen Preußen und Oesterreich kein Kabinettskrieg ist, sondern daß Preußen, trotzdem jetzt reaktionair beeinflusst, das liberale und urdeutsche Element gegenüber den feudalen und slavischen Interessen Oesterreichs vertritt.

Daß diese Wahrheit nicht zu allgemeiner Ueberzeugung bei den Fürsten und Völkern der Mittelstaaten kommt, daran ist noch das Festhalten an dem bisherigen Preussischen Regierungssystem schuld; hoffen wir also, daß ein Systemwechsel im Innern uns die Sympathien der deutschen Mittelstaaten wieder zuführen und das jetzt gegen uns auf Grund unseres reaktionären Regierungssystemes in Deutschland herrschende Mißtrauen recht bald schwinden möge.

Den Gefühlen der Sympathie für Preußen trägt u. A. die nachfolgende Erklärung Weimarischer Abgeordneter Rechnung:

„Gegenüber der schweren Gefahr des Vaterlandes, gegenüber vielfachen Versuchen, durch prahlerische Redensarten die öffentliche Meinung irre zu führen,

und gegenüber schweigender Unthätigkeit der Bevölkerung halten es die Abgeordneten des Weimarischen Landtages, wenn auch nicht in officieller Versammlung vereinigt, für ihre Pflicht, klar und unzweideutig ihre Auffassung der jetzt brennenden Tagesfragen öffentlich auszusprechen und verderblichen Bestrebungen entgegenzutreten. Soweit ist die Verirrung der politischen Ansichten gegangen, daß man sich nicht scheut, als das Ziel der liberalen Partei eine Vereinigung der sämtlichen übrigen deutschen Staaten zum Kampfe gegen Preußen aufzustellen! Soweit haben die heillofen inneren Zustände des preussischen Staates den Fanatismus Einzelner gesteigert, daß sogar ein preussischer Abgeordneter öffentlich die bewaffnete Hülfe des übrigen Deutschlands zur Aufsechtung des inneren Consoles anzurufen sich erdreistet hat! Soweit ist ein, wenn auch verschwindend kleiner Theil der Presse gediehen, solchen unverantwortlichen Ausschreitungen Beifall zu zollen! Wir sind, trotz aller augenblicklichen Gebrechen im Innern Preußens, der unerschütterlichen Ueberzeugung, daß nur durch einen in Freiheit erstarkten preussischen Staat das gesammte Deutschland zu nationaler Kraft und Einigung und zu volkswirtschaftlichem Gedeihen gelangen kann, und daß daher der endliche Sieg des Verfassungsrechts in Preußen auch für uns von der höchsten Bedeutung ist. Ein Niederwerfen Preußens durch Oesterreich und die mit ihm vereinten übrigen deutschen Staaten aber wäre für Gegenwart und Zukunft ein unerträgliches Nationalunglück. So wie jede schwere Stunde, welche seit langen Jahren für das Schicksal unseres Vaterlandes geschlagen, bringt dem deutschen Volke auch der gegenwärtige Augenblick die ernsteste Mahnung, unverzüglich Hand anzulegen an die Neugestaltung der Gesamtverfassung Deutschlands und sich nicht irren zu lassen durch das unklare Drängen nach augenblicklich undenkbaren Zielen. Mit dem Schlagworte „constituirendes Parlament“ ist man bemüht, die öffentliche Meinung von dem richtigen Ziele abzuleiten. Ein constituirendes Parlament kann hervorgehen aus einer siegreichen Revolution, nicht aus den Zuständen der Gegenwart; wohl aber können wir auch unter diesen Umständen nach einer freigewählten Vertretung, welche berufen ist, im Namen des Volkes beschließend, in Vereinbarungen mit den Regierungen die gemeinsamen deutschen Angelegenheiten zu ordnen, und welche sicher in sich die Fähigkeit der Entwicklung zu Größerem tragen würde. Nur die unverzügliche Berufung des deutschen Parlaments kann uns den Frieden erhalten und unberechtigte Einmischungen des Auslandes abwehren. Wir geben uns der sicheren Hoffnung hin, daß die Regierung unseres Landes ihre patriotische Pflicht erkennen wird, namentlich auch durch Beschleunigung der Beschlußfassung im Bundestage in solchem Sinne zu wirken, und daß wir hierin in vollem Einklange stehen mit der weitaus größten Mehrheit der Bevölkerung, welche sicher nicht Anstand nehmen wird, ihre Uebereinstimmung offen zu erkennen zu geben.“

Berlin, 6. Juni.

— Der Friedensbarometer ist gesunken, tief gesunken; die Situation hat sich so verschlimmert, daß zu befürchten steht, die Congreßidee werde die Katastrophe mehr beschleunigen als beschwichtigen. Man nimmt selbst den 8. Juni als den Tag an, an welchem der Kriegswürfel fallen wird. Die Conferenz kommt nicht zu Stande, es sei denn, daß die vermittelnden Mächte noch eine Formel finden, welche die Bedenklichkeiten Oesterreichs hebt.



— Noch immer wendet sich die allgemeine Aufmerksamkeit ausschließlich den beiden Schritten Oesterreichs zu: der Antwort auf die Einladung zur Conferenz und der Erklärung in der Bundestags-sitzung vom 1. Juni. Was zunächst die im Allgemeinen kurz gefasste Antwort betrifft, deren Haupt-satz bekanntlich also lautet: „Die k. k. Regierung ist bereit, an den in Aussicht genommenen Verhandlungen theilzunehmen, unter der Voraussetzung jedoch, daß alle Combinationen ausgeschlossen sein werden, die zum Zwecke haben, der einen oder der andern eingeladenen Macht eine territoriale Vergrößerung oder einen Machtzuwachs zu verschaffen“, so herrscht nur eine Stimme darüber, daß, wenn es in der Absicht der Wiener Kanzlei gelegen hat, eine Formel aufzufinden, welche jede, aber auch jede friedliche Lösung, die im Congresse vorgeschlagen werden könnte, beseitigte, diese Absicht vollkommen erreicht worden ist. Nicht bloß in Deutschland, sondern überall, wo man für die Erhaltung des Friedens Anstrengungen macht, hat dies Benehmen Oesterreichs Entrüstung hervorgerufen und den übelsten Eindruck hervorgebracht. Napoleon hat, das läßt sich — um uns recht vorsichtig auszudrücken — mit Bestimmtheit annehmen, den Kaiser Franz Josef über diese Mißstimmung und deren Folgen aufklären lassen. Der „Constitutionnel“ kennt den schlimmen Eindruck, welchen Oesterreichs Benehmen in London und Petersburg gemacht hat, wo man jetzt die Frage aufwirft, wozu denn überhaupt die Conferenzen dienen sollen, wenn die Elbherzogthümerfrage, welche Oesterreich dem Bunde unterbreitet wissen will, und die Frage wegen Venetiens, mit der man sich auf den Conferenzen gar nicht beschäftigen soll, von dem Programme abgefeht sind? Der „Constitutionnel“ betrachtet die Bundesreformfrage als eine nur eventuelle, wegen deren allein die europäischen Mächte nicht zusammen-treten könnten. Und Oesterreich muß es erleben, daß ihm von Frankreich der Vorwurf entgegengehalten wird: Europa hätte von Seiten einer konservativen Macht andere Entschlüsse zu erwarten, das Recht gehabt. (Vergl. gestrige Depesche.)

— Die schlaun österreichischen Diplomaten haben sich diesmal, was Paris betrifft, verrecknet. Das französische Cabinet wird nicht sagen: der Congreß ist gescheitert, weil die Schwerkraft der darin zu behandelnden Fragen den Krieg von vornherein unvermeidlich, sondern weil Oesterreichs Haltung der Congreßidee gegenüber die Erhaltung des Friedens unmöglich gemacht hat. So urtheilt man in der Umgebung des Kaisers, so urtheilt der Kaiser selbst, wie Personen, die den Verhältnissen nahe stehen, aus Paris schreiben.

— Die Entrüstung der Cabinete von Berlin und Florenz erscheint selbstverständlich. Aber auch in Deutschland erheben jetzt die aufrichtigen Freunde Oesterreichs den Kopf; auch diese Freunde, denen die Absicht des Wiener hoch-aristokratischen Ministeriums, welches die Verfassung suspendirt und ihre Wiederherstellung für unmöglich erklärt, den Krieg zu be-ginnen, endlich klar wird, sehen auf die Folgen eines Sieges der österreichischen Armeen hin und fühlen, daß aus diesen Siegen das Unglück Deutschlands hervorgehen wird. Sie sprechen es jetzt schon, wenn auch mit allerlei Umhüllungen, aus.

— Freilich — die Wiener Presse lobt die „richtig gedachte Erklärung“ Oesterreichs und rechnet darauf, daß Rußland und England derselben zustimmen werden, — eine Täuschung, wenn der „Constitutionnel“ recht berichtet ist. Dann aber spricht sich die „Presse“, wie bisher schon, immer und immer dahin aus, daß, wenn der Krieg entbrennen soll, er besser ohne Conferenz, als mit Beistand derselben ausbreche. In Wien meint man, daß die Entscheidung, ob Krieg oder Frieden kommen solle, in erster Linie in Berlin und dann erst in Florenz getroffen werden muß. Um noch mit einigen Worten auf die Antwort Oesterreichs zurückzukommen, so hebt man in Wien hervor, daß Oesterreich nicht unter der Bedingung, sondern unter der ausdrücklich beigesetzten Voraussetzung, daß die an der Conferenz sich theilnehmenden Mächte weder für sich, noch für andere eine Territorial-Erweiterung beanspruchen, die Einladung angenommen hat.

— Einen eben so übeln Eindruck hat Oesterreichs Schritt in Betreff der Schleswig-holsteinischen Frage gemacht, mit noch lauterem Jubel ist dieser Schritt in Oesterreich und von seinen bezahlten und unbezahlten Anhängern „im Reiche“ begrüßt worden. In Wien begreift man nicht, wie das Berliner Cabinet, welches so herzlich in den venetianischen „Schmerzschrei“ eingestimmt hat, welches so feinhörig ist für das, was sich in weiter Ferne zuträgt, taub sein kann gegen die Kundgebungen in nächster Nähe. In Wien meint man, das constitutionelle

Europa könne das Recht der Holsteiner auf ihre alte und legale Vertretung nicht bezweifeln wollen. Oesterreich hat die Brücke hinter sich abgebrochen, die Bundespolitik hat in der Schleswig-holsteinischen Frage einen vollständigen Sieg errungen, heißt es hier. Anderswo freut man sich über Oesterreichs Rückkehr auf den Standpunkt des Bundesrechts, sieht in Oesterreichs Erklärung eine neue Bahn, auf welcher der Frieden erhalten werden könnte. Weigerte sich Preußen, diesen Weg zu betreten, wollte es sich nicht der Bundesentscheidung unterwerfen, so sei dies ein Zerreißen der Bande, welche es an Deutschland fesseln. Oesterreich macht also in jeder Beziehung Front gegen Preußen.

— Privatnachrichten zufolge soll am vergangenen Freitag ein Trupp österreichischen Militärs bei Schwistin die preußische Grenze überschritten und eine Strecke weit die Eisenbahn demolirt haben.

— Die heutige „Prov.-Corr.“ constatirt, daß die Friedenshoffnungen gescheitert sind und meldet, daß die neutralen Mächte Preußen für sein Eingehen auf Friedensversuche gedankt und anerkannt haben, wie nach dem Scheitern der Conferenz Preußen wieder in die volle Freiheit seiner Entschlüsse eintrete. Preußen wird die gefährdeten Souveränitätsrechte der Elbherzogthümer zu wahren wissen; es hat bereits gegen die Ständeberufung protestirt und wird unzweifelhaft diesem Proteste thatsächlichen Nachdruck verleihen.

— Se. Majestät der König, welcher täglich die vielfältigsten Berathungen mit dem Minister-Präsidenten, den einzelnen Ministern, dem Civil- und Militair-Kabinet hat, hielt am Montag ein Kabinetts-Koncil mit dem gesammten Staatsministerium ab, in welchem die wichtigen Entschlüsse, wie die gegenwärtige politische Lage sie unabweislich erfordert, gefaßt sein dürften. Nachdem nunmehr auch die Gardien die Hauptstadt verlassen haben, um die ihnen bestimmte Stellung in der kriegsbereiten Armee einzunehmen, wird Se. Majestät der König sich vermuthlich Anfangs der nächsten Woche in das Hauptquartier begeben, wohin ihm unter Andern der Minister-Präsident Graf Bismarck, der Kriegs-Minister v. Roon und der Chef des Generalstabes der Armee, General von Moltke, folgen werden. Ihre königlichen Hoheiten der Kronprinz und Prinz Friedrich Karl, welchen die Führung zweier großer Armeen anvertraut ist, haben sich bereits zu denselben begeben. Die übrigen königlichen Prinzen, welchen Commandos übergeben sind, gehen Ende dieser Woche zur Armee ab. Vorher wird sich das königliche Haus am 7. Juni, dem Todestage Friedrich Wilhelms III., noch zur ersten Gedenkfeier am Grabe des hochseligen Fürsten versammeln.

— Se. Maj. der König soll vor einigen Tagen gesagt haben, er nehme Gott zum Zeugen, daß er alles Mögliche gethan, um den Frieden zu erhalten, daß aber, da es doch unbedingt zum Kriege käme, er auch die Sache mit Ehren durchführen würde, würdig eines Hohenzollern und vertrauend seiner braven Armee und dem treuen patriotischen Volke.

— Betreffs des geforderten Ministerwechsels bemerkt die Correspondenz: Der König könne dem Volke kaum eine größere Gefahr bereiten, als durch einen Ministerwechsel. Liberale Minister würden augenblicklich die Staatsgeschäfte ohne klare Einsicht in die Verhältnisse und ohne bestimmten Plan übernehmen: daher möge man nur solche zu Abgeordneten wählen, welche ohne jede Rücksicht die gegenwärtige Regierung unterstützen.

— Wie man sagt, hat Herr v. d. Heydt die Stellung als Finanzminister nur auf sechs Monate angenommen.

— Die liberale „Spener'sche Zeitung“ schließt einen Leitartikel über die Versammlung der Urwähler vom Danziger Stadt- und Landkreis, mit Hinblick darauf, daß Herr Koepell gesagt hat: „der Friede nach außen sei gesichert, wenn erst der Frieden im Innern herrsche“ folgendermaßen: „Es wäre ja ein sehr einfaches Mittel, Europa den Frieden zu geben, das Herr Koepell in petto hat: ein Ministerium Koepell-Jacoby u. s. w. Aber wie soll dieses in Europa wirken? Wird Oesterreich, wird Italien dadurch von seinen kriegerischen Gedanken abgelenkt? Oder soll unter dem neuen Ministerium Preußen sich unter den Bundestag und Alles ducken, was Oesterreich befiehlt? Das könnten Männer der Fortschritts-Partei rathen? Klarheit thut dringend Noth, damit unsere Wähler sich nicht in den Mitteln vergreifen bei der heutigen schwersten Prüfung der Verfassung, ja der Existenz Preußens“.

— In diplomatischen Kreisen verlautet, preußische Staatsmänner hätten sich in Folge der nicht nachlassenden augustinburgischen, von Oesterreich unterstützten Agitationen dahin ausgesprochen, daß die Aufrichtung einer augustinburgischen Dynastie in

Schleswig-Holstein nur noch nach der Zerstückelung Preußens möglich sein werde.

— Was die bisherigen Truppenbeförderungen kosten, erhellt aus der Notiz, wonach die Verwaltung einer kaum 15 Meilen langen Eisenbahn für die Transportirung eines Armeecorps die Kleinigkeit von 70,000 Thalern liquidirt hat.

— Von Hamburg wird ein wohl kaum weitere Beachtung findendes Flugblatt versandt, das eine originelle Idee bringt. Schleswig-Holstein solle nämlich, mit Hamburg (und Lübeck?) vereinigt, zum deutschen Admiralstaate gemacht werden, und zwar als Republik unter dem Titel „Die Hansa“. Hamburg-Altona würden deren Hauptstadt sein.

— Aus Bremen meldet man, daß ein nord-amerikanisches Panzerschiff und eine Kriegsfregatte unterwegs nach Europa sind, um in dem wahrscheinlich bevorstehenden Kriege amerikanisches Eigenthum zu schützen.

— Die „Nationalztg.“ theilt ein Schreiben des Magistrats vom 4. d. an die Stadtverordneten mit, worin derselbe erklärt, außer Stande zu sein, dem Beschlusse der Stadtverordneten vom 2. d., die Darlehnskassenscheine nicht anzunehmen, Folge zu geben.

Schleswig-Holstein. Wie sich ferner die Zustände Schleswigs jetzt gestalten sollen, ist gar nicht abzusehen. Der Bund hat in Schleswig anerkannter Maßen kein Recht. Das öffentliche Recht dieses Landes ist ein chaotisches; es giebt dort keine anderen Normen, als den Wiener Frieden und den Gasteiner Vertrag, von denen der letztere gebrochen ist, und der erstere das — jetzt gestörte — Einverständnis zwischen Preußen und Oesterreich voraussetzt. Nur das eine wird feststehen: Nimmt Oesterreich jetzt noch Souveränitätsrechte in Holstein in Anspruch, so wird Preußen in gleicher Weise Souveränitätsrechte in Schleswig beanspruchen dürfen. Doch es ist unmöglich, ein solches Chaos mit dem Lichte des Rechtes zu durchdringen.

München. Die Soldatenercesse dauern in München und anderen Orten fort. In einigen Ortschaften wurden Waarenläden der Juden geplündert. Schöne Erinnerung an die Zeit der Straßbaiern.

Wien. Wichtiger als die Rechtsfolgen der Erklärung vom Freitag sind die politischen. Oesterreich will den Krieg. Nur die Organe, welche österreichischer sind, als Oesterreich selbst, halten noch an der Behauptung fest, daß die Bedrohung des Friedens von Preußen ausgehe. Die österreichischen Zeitungen selbst geben jetzt zu, daß Preußen den Frieden will; daß sie aber außer Stande sind, eine andere Sprache zu sprechen, als die des Pistol, des Knappen des edlen Sir John Fallstaff, so versichern sie, Preußen habe eine unaussprechliche Furcht vor der mächtigen österreichischen Faust. Oesterreich konnte leicht den Frieden erhalten; es hatte am preußischen Hofe eine mächtige Partei für sich; es wußte, daß die Kriegslust des Herrn von Bismarck an dem Willen des Königs eine unübersteigliche Schranke fand; es hatte nur nöthig, das militärische Ehrgefühl Preußens nicht zu verletzen, um der Erhaltung des Friedens sicher zu sein. Die Vernunft hätte ihm geboten, für die Erhaltung des Friedens zu sorgen; aber wer sich mit Vernunftgründen an Oesterreich wendet, erschüttert nur die Luft. Es hat dort eine Stimmung Platz gegriffen, die sich aus blaffer Furcht und verhängnißvoller Selbstüberhebung so seltsam mischt, wie dies in Staaten am Vorabend großer Katastrophen der Fall zu sein pflegt, und wie es etwa am Hofe des Krösus stattfinden mochte, ehe er sich entschloß, über den Hals zu gehen. Was man in Betracht zieht, die Ziele oder die Mittel Oesterreichs, seine Bundesgenossen oder seine Gegner, sein kriegerisches Vorgehen erscheint wagnislos. Aber grade weil die Herrschaft der Vernunft dort völlig verloren gegangen, wird es den Krieg mit der Kraft des Wahnsinnes führen, und Preußen wird sich gegen dasselbe auf das Energischste rüsten müssen.

— Es ist bereits mehrfach erwähnt, daß Oesterreich auf die Freundschaft Rußlands rechnet. Hier hält man die Annäherung Rußlands an Oesterreich für unzweifelhaft und erklärt sie für eine Folge der von Oesterreich in Petersburg angeregten Besorgniß, es könne die polnische Frage in das Congreßprogramm „eingeschmuggelt“ werden. Diese Annäherung habe eine bestimmte diplomatische Form noch nicht angenommen, sei aber doch ernst genug, um Oesterreich ein festeres Auftreten zu ermöglichen. — (Diese Mittheilung stimmt nicht mit anderweitigen Nachrichten aus Rußland, wonach Fürst Gortschakoff, der öffentlichen Meinung mehr noch als seinen eigenen Sympathien Rechnung tragend, Oesterreich keine Aussicht auf Hilfe, weder moralische noch materielle, gewähren kann und wird.)



Das Kriegsministerium hat bestimmt, daß von nun an weder Ergänzungen noch sonstige Mannschaften nach Holstein abgefordert werden. Desgleichen werden Urlauber-Transporte aus Holstein nach dem Kaiserstaate sistirt.

An der böhmisch-schlesischen Grenze will man bemerkt haben, daß ganz dieselben österreichischen Regimenter mehrmals an Grenzstationen bald nach Osten, bald nach Westen vorbeigefahren werden, daß Oesterreich also Reisetruppen unterhält. Diese etwas kostspielige Erfindung scheint zunächst den Zweck zu haben, Preußen über die Anzahl und Ausrüstung der vorgeschobenen Bataillone irre zu führen, vielleicht auch die Bevölkerung im eigenen Lande zu täuschen. Es sind nicht die schlechtesten Regimenter, die in dieser Weise Parade gefahren werden.

Während bis jetzt nur der österreichischen Mannschaft Seitens der Compagnieführer verboten war, das preussische Gebiet zu betreten, so ist dieses Verbot jetzt auf die gesammte österreichische Armee ausgedehnt worden. Außerdem ist wieder ein vom Kaiser selbst unterzeichneter Armeebefehl ergangen, welcher besonders den Muth des Militärs anzufeuern sucht. Unter andern werden darin demjenigen Officier 5000 Fl. und demjenigen vom Feldwebel abwärts 500 Fl. zugesichert, der die erste preussische Kanone erbeutet.

Ueber den Gesundheitszustand des Kaisers von Oesterreich sind hier so zahlreiche Gerüchte verbreitet, daß wir von denselben Notiz nehmen wollen. Wenn sich diese Gerüchte bestätigen, so würde sich allerdings manches Unerklärliche in der österreichischen Politik erklären lassen.

Bukarest. Fürst Karl I. von Rumänien hat an die Garantie-Mächte Schreiben gerichtet, durch die er um Anerkennung seines Thronrechtes bittet und zugleich versichert, die bestehenden Verträge nach allen Richtungen hin aufs Gewissenhafteste respectiren zu wollen. Den Vertretern der Mächte, die bis jetzt noch keinen officiellen Verkehr mit ihm haben dürfen, hat er den Wunsch ausgedrückt, sie persönlich kennen zu lernen. Dieselben haben dem Wunsche gern entsprochen.

Florenz. Das Kriegs-Ministerium hat verordnet, daß die Uniform der italienischen Freischaren dieselben Ehren und Vorrechte genieße, die der regulären Armee zuerkannt sind.

Die italienischen Journale beharren noch immer bei der Meinung, daß es nützlich sei, die Conferenz auch ohne österreichische Vertretung abzuhalten, weil die Repräsentanten der übrigen Staaten sich darüber verständigen könnten, das Wiener Cabinet auf die Konsequenzen seiner Regierung hinzuweisen.

Paris. Die kriegerischen Vorzeichen und Andeutungen, welche aus den französischen Fach-Ministerien transpiriren, nehmen eher zu, als ab. So ist es z. B. thatsächlich, daß durch eine Verfügung des Kriegs-Ministers die Erlaubniß der militärischen Dienstbesetzung für alle die Personen zurückgenommen worden ist, welche bis zum 1. Juni die gesetzlich festgestellte Summe für ihre Ersatzmänner nicht eingezahlt haben.

#### Nachrichten aus Rußland und Polen.

In Rußland bestand seither die Anordnung, daß nichtchristliche Verbrecher, wenn sie während der Untersuchung zur russischen Staatskirche übertraten, eine geringere als die gesetzlich bestimmte Strafe zu erleiden hatten. Dieser Profelytenmacherei der schlimmsten Art ist jetzt durch ein Gesetz vorgebeugt worden, welches jede Strafmilderung in solchen Fällen aufhebt.

Zu dem Karakosow'schen Prozesse sind in Petersburg bis 139, in Moskau 98 Personen verhaftet worden, von diesen sind in Moskau während der Untersuchung 2 Personen, in Petersburg 9 gestorben.

#### Die patriotische Ansprache,

welche Herr Justizrath Martens, selbst ein Veteran der Freiheitskriege, in No. 128 dieses Blattes an seine Mitbürger erlassen, sie wird auf keinen unfruchtbaren Boden fallen! Glaube man nicht, daß es etwa Herrn Justizrath Martens kein Ernst um die Freiheiten des Volkes ist, daß es ihm gleichgültig ist, ob eine Partei an der Regierung ist, die die berechtigten Forderungen des Volkes zurückweist, er fühlt die mißliche innere Lage des Staats ebenso tief, wie die Wortführer der Fortschrittspartei, die kein Monopol auf Patriotismus gelöst haben. Aber als wahrer Patriot, dem das Wohl des Ganzen, unseres schönen Preussischen Vaterlandes, an dem mit Liebe und Dankbarkeit zu hangen wir alle Ursache haben, höher steht als selbst seine in ernsten Zeiten bewiesene Anhänglichkeit an die liberale Partei, ruft er

seinen Mitbürgern noch einmal die ernste Mahnung zu, sich nicht durch schöne Redensarten in Schützenhausversammlungen u. dergleichen zu lassen, sondern sich selbst zu prüfen und mit sich selbst zu Rathe zu gehen, ob denn der Weg, „die Mittel zum Kriege Seitens des Abgeordnetenhauses verweigern zu lassen“, wirklich der richtige ist. Die Zeit der Parteimanöver und Principienreiterei verschwindet vor dem gewaltigen Ernst der Sachlage, jede Stunde kann uns die Nachricht bringen, daß dieser Krieg, der über das Wohl Preußens, über die Neugestaltung Deutschlands entscheidet, ausgebrochen ist. Wenn die Unruhe allgemein ist, wenn das Volk auf den Straßen zusammenläuft, wenn alles Interesse darin gipfelt, Nachrichten vom Kriegsschauplatz, von den theilnehmenden Vätern, Brüdern, Söhnen zu erfahren, wenn ein einziges Gefühl Jedem durchdringt, das Gefühl und die Hoffnung: „Sieg den Preussischen Waffen, Sieg unsern Preussischen Brüdern, die für uns kämpfen und ihr Leben in die Schanze schlagen, während wir unser Leben schonen“ — dann sollte ein Preussisches Abgeordnetenhaus sagen:

„Diesen unsern Preussischen Brüdern, die im Kampfe für uns ihr Leben wagen, bewilligen wir nicht die Mittel zum Unterhalt, diesen Preussischen Brüdern liefern wir nicht die nöthige Unterstützung, damit sie ihren Sieg verfolgen oder, was Gott verhüte — ihre Niederlage ausweichen können. Im Gegentheil wir geben mit klarem Bewußtsein dem Feinde eine neue Waffe in die Hand, indem wir vor aller Welt erklären, daß selbst in dem Augenblicke, in welchem der Bestand des Vaterlandes bedroht ist, die Partei uns höher steht als das Vaterland.“

Bedenkt das Abgeordnetenhaus, was es damit thun würde? Während es Träger und Ausdruck des Staatszwecks sein soll, stellt es sich auf einen Isolirselbst, verachtet einseitig die Rechte des Volkes und seine Rechte und vergißt, daß es sich augenblicklich nicht um diese, sondern um den Bestand des Vaterlandes handelt.

Möge es nicht dahin kommen — das sagen wir als aufrichtige Liberale —, daß Volk und Armee über die Köpfe des Abgeordnetenhauses hinweg zur Tagesordnung übergehen, daß das Gegentheil von dem geschieht, was jetzt die liberalen Doctrinaire erstreben, daß, wie Herr Justizrath Martens so richtig sagt, das Abgeordnetenhaus — möglicherweise aber auch die ganze liberale Partei sich selbst ihr Todesurtheil ausschreiben.

Wir halten bis zum letzten Augenblicke daran fest, wir hoffen, wir bitten Se. Majestät den König um Veröhnung mit dem Volke durch einen Systemwechsel — geht der König nicht hierauf ein, so soll, da uns Zwangsmaßregeln nicht zu Gebote stehen, für uns nur eine Parole sein, die Parole: „Das Wohl und der Bestand des Vaterlandes über Alles!“

— b —

#### Locales und Provinzielles.

Danzig, den 7. Juni.

Der Minister hat mittels Cirkular-Erlasses sämtlichen Regierungen angezeigt, daß ihnen die zur Ausführung der Wahlen für das Haus der Abgeordneten erforderlichen Dienstfachen, so weit dieselben auch früher von Berlin übersandt worden sind, zugehen. An Stelle des Reglements vom 4. October 1861 ist ein Reglement vom 18. v. M. getreten, das vier Abweichungen von dem ersteren enthält. Die erste entspricht „wiederholten Kundgebungen des Hauses der Abgeordneten.“ Zunächst ist dem §. 14 die Bestimmung zugesügt, daß im Falle der bei einer ersten Abstimmung eintretenden Stimmengleichheit zunächst zu einer engeren Wahl zu schreiten ist, ehe die Entscheidung durch das Loos getroffen wird. Vor der Festsetzung einer engeren Wahl wird nur dann gelooft, wenn die Ermittlung der auf die engere Wahl zu bringenden Personen erforderlich ist. Eine weitere hieher gehörige Aenderung betrifft die von dem Hause der Abgeordneten öfters ausgesprochenen Wünsche hinsichtlich der Institution der Wahlmänner-Vorladungen. Die Abweichung ist im Hinblick auf die Mobilmachung des Heeres und Stimmunggebung der Landwehrmänner erfolgt; die dritte enthält die Anordnung, daß die Urwähler der zweiten und dritten Abtheilung nach dem Schlusse der Wahl-Verhandlungen ihrer Abtheilungen abzutreten haben; die vierte ändert die früheren §§. 19 und 21. In dem letzteren sind die Vorschriften über die Reihenfolge, in welcher die zu einem Wahl-Bezirk gehörenden Kreise, beziehentlich Städte, abzustimmen haben, fortgelassen, in dem ersteren (jetzt §. 18) die Bestimmungen über die Ordnung der Wahlmänner in dem aufzustellenden

Verzeichnisse derselben darauf beschränkt, daß nur die kreisweise Sonderung geboten bleibt. Nach welchem Grundsätze die Wahlmänner innerhalb der Kreise zu verzeichnen sind, „soll eben so dem verständigen und billigen Ermessen des Wahlkommissars überlassen bleiben, wie die Bestimmung der Reihenfolge, in welcher die Kreise, bez. die Städte, zu wählen haben. Hierdurch wird natürlich nicht ausgeschlossen, daß das in dem Reglement vom 4. October 1861 in dieser Beziehung vorgeschriebene Verfahren, wo es angemessen erscheint, auch ferner zur Anwendung kommt.“ Schließlich werden Wahl-Vorsteher (bei den Urwahlen) und den Wahl-Kommissarien (bei den Abgeordneten-Wahlen) etwaige Ansprachen bei Beginn der Verhandlungen untersagt; die Ansprachen dürfen nur „durch die formelle Leitung des Wahl-Geschäftes unmittelbar bedingt“ sein.

Dem Vernehmen nach wird für den Fall des Ausbruchs eines Krieges eine Vereinbarung angebahnt, wonach sowohl österreichische wie preussische Badeorte für neutrales Gebiet erklärt werden sollen. (?)

Gestern Nachmittag lief von der Königl. Werft ein seefähig gebauter Vording glücklich vom Stapel. Derselbe soll zur Vermittelung von Transporten zwischen den einzelnen Marine-Depots dienen.

Ein aus dem Pleschener Kreise eingezogener Reservist ist bereits als Opfer des sich vorbereitenden Krieges gefallen. Derselbe stand kurz vor den Pfingstfeiertagen hinter Ratibor dicht an der Grenze des Reichs auf Wache und wurde von einer von österreichischer Seite kommenden Kugel getödtet. Die betrübende Nachricht ist den Eltern jetzt amtlich zugegangen.

Swinemünde. Unter den bei Instandsetzung der Ost-Moole beschäftigten Arbeitern ist die Cholera ausgebrochen.

Sammin. Die asiatische Cholera hat sich in hiesiger Stadt sporadisch gezeigt. Ob der Krankheitsstoff eingeschleppt ist, oder sich selbst gebildet hat, ist noch nicht festgestellt.

#### Gerichtszeitung.

Vor etwa 5 Jahren starb in Berlin eine Dame, welche von allen ihren Angehörigen für reich gehalten worden war, auch so gelebt hatte, als wenn sie einen hübschen Groschen Geld zu verzeihen hätte; es erregte daher großes Erstaunen und bei den Erben der alten Lante auch nicht geringes Aergerniß, als man das vorhandene Vermögen viel geringer fand, als man vermuthet hatte. Namentlich war an baarem Gelde nur eine ganz geringe Summe vorhanden. Die Verstorbene hatte in ihrem Testamente die Höhe ihres Vermögens nicht angegeben, es fand sich unter ihren Papieren auch sonst kein Anhaltspunkt dafür, die ebenfalls schon bejahrte Gesellschafterin, welche übrigens im Testamente auch bedacht war, wurde allgemein für eine durchaus eheliche Person gehalten, man mußte sich also in das Unerwartete fügen und mit viel Wenigerem vorlieb nehmen, als man zu erben gehofft hatte. Die erwähnte Gesellschafterin erbe das Mobiliar ihrer verstorbenen Herrin, mit diesem bezog sie eine kleine Wohnung und lebte darin still und einfach, ja sogar kärglich, was Niemand, der ihre Verhältnisse kennt, Wunder nehmen konnte, bis zu ihrem vor einigen Tagen erfolgten Tode. Derselbe ereilte sie auf einem alten, noch von der erwähnten Herrschaft herührenden Sopha, den die Verstorbene stets auf das Aengstlichste gehütet hatte, so daß Nichts natürlicher war, als daß die nächsten Angehörigen der unerbittlichen geliebten Dame diesen Sopha, ehe sie es dem Trödler übergaben, einer genauen Revision unterwarfen. Da fand sich denn zur allgemeinen Verwunderung, daß die Härte des Polsters eine ganz natürliche war, denn daselbe bestand aus 9000 Thalern in großen Gold- und Silberstücken. Papiergeld war zwar auch im Sopha verpackt, aber nicht in großer Menge. Da die Gesellschafterin niemals Vermögen besessen, auch in ihrem Leben keine Gelegenheit gehabt hat, sich ein solches Vermögen auf eine redliche Weise zu erwerben, nie zu jemand etwas von diesen 9000 Thalern gesagt, ja daran offenbar auch niemals etwas Anderes, als ein hartes Rubelkissen gehabt hat, so behaupten die Erben der früheren Prinzipalin der jüngst Verstorbenen, daß die 9000 Thaler ihrer Erblasserin Eigenthum gewesen seien und von der Gesellschafterin entwendet worden seien, und verlangen die Ausantwortung dieser Summe, die Erben der Gesellschafterin aber denken gar nicht daran, ohne Kampf dieser unerwarteten Erbschaft zu entsagen, und so wird es denn wohl zu einem interessanten Rechtsstreit kommen, über dessen Ende wir seiner Zeit Mittheilung machen werden.

#### Bermischtes.

\*\* Der ehemalige Oberst Muratori aus Palermo hat eine Erfindung gemacht, welche im gegenwärtigen Augenblicke von größter Bedeutung wäre. Derselbe hat nämlich einen Panzer aus einer elastischen Masse (wahrscheinlich besonders zubereitete Guttapercha) hergestellt, welcher gegen Lanzen- und Bajonnettstiche und selbst gegen Flintenschüsse in einiger Entfernung Schutz gewährt. Der Panzer ist nur 8 Millimeter dick und wiegt nur etwa 3 Pfund. Die in Florenz angestellten Versuche sollen in bewunderungswürdiger Weise gelungen sein.



\* \* Derselbe blinde Herr Gale, von dem das Verfahren herrührt, Schießpulver nach Belieben unexplodierbar zu machen, hat ein Gewehr erfunden, mit dem man 100 Schüsse in der Minute abfeuern kann. Er hat ein Exemplar dieser Waffe dem englischen Kriegsministerium eingesandt, auf dessen Bericht man nicht wenig gespannt ist.

\* \* [Curiosum.] Zu den in Schlestien aus- geschriebenen Landlieferungen hat auch das böhmische Städtchen Nachod einen Theil beitragen müssen. Die mit einem reichen Bestizand versehene Gemeinde Nachod besitzt nämlich in dem ersten preussischen Dorfe Schlaney, unweit des Badeortes Cubowa, ein großes Gut mit nicht unbedeutendem Areal, welches dieselbe in einer Zeit erworben hat, als dieser Theil Schlestens noch zu Oesterreich gehörte. Als Besitzerin dieses Grundstückes ist die Stadt also gehalten, zur Ver- pflegung eines ihr feindlich gegenüberstehenden Heeres beizutragen.

\* \* Vom badischen Neckar wird als Curiosum mitgetheilt: Unlängst standen zwei Bursche vor Gericht unter der Anklage des Diebstahls zum Nach- theil des deutschen Bundes. Sie hatten nämlich eine Bleiröhre auf einem Blockhause in Rastatt entwendet. Ihr Verteidiger suchte auszuführen, daß der deutsche Bund seit 1848 nicht mehr zu Recht bestände, daß er jetzt bereits factisch gesprengt sei, daß aber, wo ein Beschädigter nicht vorhanden, auch der Thatbestand des Diebstahls nicht vorhanden sei. Der Gerichtshof ging übrigens auf diese Argumente nicht ein.

\* \* [Rechtzeitige Vorsorge.] Wiener Jour- nale theilen folgendes, dem dortigen Magistrate aus Berlin zugegangene Schreiben mit: „Dem wohl- läblichen Magistrate die ganz gehorsamste Bitte, daß das Villet-Amt (Einquartierungs-Amt) schon heute informirt werde, betreffs der Einquartierung und Unterbringung der preussischen Truppen in Wien, da es am 14. Juni, als dem Einzuge in Wien, etwas zu viel Arbeit giebt. Schließlich bittet sich Unter- zeichneter bei Vorzeige der Copia hujus ein Quartier bei den Verwandten des Herrn Benedek aus, da ich denselben in mein Herz geschlossen und hoffe, ihn zu betrauen; das Villet mit Verpflegung bekommen dann jedenfalls zurück. Berlin, 26. Mai 1866. Küstenbed, Ober-Gefreiter der vierpfündigen Batterie als Zieler des Geschützes gegen Benedek.“

\* \* Folgende, allerdings kaum glaubliche Geschichte wird in Dresden erzählt: Eine Dame holte gestern in einem Posamentiergeschäft Kleiderbesatz und bezahlte mit einem Silberthaler. Die Verkäuferin besteht ihn bedenklich und verweigert schließlich die Annahme, weil es — ein preussischer sei. Alles Verständigen, selbst Seitens eines anderen Käufers, ist vergeblich, und da die Dame wegen Mangels an anderem Gelde in Verlegenheit ist, tauscht schließlich der Herr den Thaler gegen ein sächsisches Kassensbillet ein, womit sich die Verkäuferin zufrieden giebt.

\* \* [Achtung vor der Wissenschaft.] In dem Londoner Journal „Chemical News“ vom 11. Mai befindet sich folgende Annonce: „Gesucht wird für ein Privat-Laboratorium ein junger Chemiker als Assistent. Derselbe hat die chemischen Unter- suchungen anzustellen, dem commerciellem Theil vor- zustehen und bei Tische aufzuwarten. (!) Ein Pro- movirter erhält den Vorzug. Adressen nimmt die Expedition des Blattes an.“

\* \* [Ein Hahn als Mörder.] In Oldport in England wurde vorige Woche ein dreijähriger Knabe, Charles Winter, welcher ruhig an seiner Hausthür stand und Brod verzehrte, von einem sogenannten Kampfhahn attackirt, der sich auf den Kopf des Kindes setzte und mit den Klauen und dem Schnabel so heftig einhieb, daß der Knabe in Folge der schweren Verletzung starb. — Bei der Leichen- schau, die in England immer stattfindet, wenn Jemand plötzlich oder eines gewaltsamen Todes stirbt, ergab es sich, daß dieser kampfbereite Hahn schon öfters Kinder angefallen, und wurde daher dessen Eigenthümer für die Folgen verantwortlich gemacht.

\* \* [Das gerettete Kind.] Ein Reisender, der von New-Orleans per Dampfboot dem Norden zuelte, interessirte sich auf dem Dampfboote für eine Dame, die mit fast abgöttischer Liebe an ihrem Kinde, einem schönen dreijährigen Knaben, hing. An der Werst zu Louisville stand die schwarze Wärterin an der Gallerie des Bootes, als der Knabe plötzlich sich ihren Armen entwand, in den Ohiofluß stürzte und augenblicklich verschwand. Wer beschreibt den Jammer der Mutter! Als der Reisende von New-Orleans, durch den Lärm auf das Verdeck gelockt, ersuhr, was vorgefallen sei, ließ er sich von der Mutter ein Kleidchen des Kindes geben. Er pfliff nach seinem Neufundländerhund, der auch sogleich herbeigesprungen kam. Der Herr ließ den Hund am

Kleidchen riechen und deutete auf das Wasser. Der Neufundländer machte einen Satz, sprang in den Fluß und verschwand unter dem Wasser. Lange kam er nicht wieder zum Vorschein, man glaubte, er sei ertrunken, und ein Boot stieß vom Dampfer ab, ihn zu suchen. Da tauchte er eine weite Strecke unter- halb empor, und siehe, er hatte etwas im Maul, das einem Haufen Kleider ähnlich sah. Der Hund war aber offenbar äußerst ermattet. Das Boot kam ihm zu Hülfe. Der Knabe wurde aus dem Wasser ge- zogen, der brave Neufundländer ebenfalls. Das Kind lebte, es wurde auf's Verdeck gebracht und die vor- Jammer und vor Freude fast wahnsinnige Mutter umschlang mit einem Arm ihr Kind und mit dem anderen den Hals des getreuen Thieres.

\* \* [Fatale Verwechslung.] Ein Paar junge Damen von Richmond verliebten sich in zwei junge Herren, die indes die zarte Leidenschaft nicht mit der- selben Gluth erwiderten. Um dem Uebelstande abzu- helfen, verschafften sie sich „Liebespulver“ und ver- backten dasselbe in einen delikaten Kuchen, den sie mit den Gegenständen ihrer glühenden Liebe gemeinschaft- lich verzehrten. Unglücklicher Weise bestand das Lie- bespulver, das wahrscheinlich von einem neidischen Apotheker gemischt war, aus einem starken Brechpulver, und als das fatale Zeug zu wirken begann, fanden sich die verliebten Paare veranlaßt, das Weite zu suchen. Die Beschämung und Verwirrung der Damen und die Wuth der jungen Herren kann man sich besser denken, als beschreiben. (Richm. Ztg.)

[Eingesandt.]

Die Bettellei fängt nachgerade an — und diese Erscheinung betrifft nicht allein unsern Ort — eine förmliche Landplage zu werden. In der Stadt und deren nächster Umgebung kann man kaum 20 Schritte weit gehen, ohne von irgend einem Bettler, Groß und Klein, um eine Gabe angeprochen zu werden. Am meisten aber klagen über unaufhörliche Belästigungen dieser Art die Landbewohner, die nicht allein einzelne Bettler, sondern häufig ganze Trupps von mehreren umherstreifenden, arbeitsfähigen rühtigen und arbeitsfähigen Männern und Frauen, die sich durchaus nicht abweisen lassen, mit Kupfermünzen oder Lebensmitteln zu befriedigen gendigt haben, um die Zubringlichen nur los zu werden. — Wenn nun auch die Zeitverhältnisse, welche eine Stockung in allen Geschäften nicht in Abrede stellen lassen, die Noth um's tägliche Brod, und zwar hauptsächlich durch Einziehung von Familienhäuptern und kräftigen Söhnen zu den Fabren, gesteigert hat, so sind davon doch am allerwenigsten diejenigen betroffen, die man jetzt als Bettler heranziehen sieht. Meistens sind dies arbeits- scheue Leute, welche sich die eingetretene Kalamität ge- flissentlich zu Ruze machen, um auf Kosten der eigentlich Bedürftigen den Wohlthätigkeitsfuss der besitzenden Bevölkerung in Anspruch zu nehmen. Jede Commune ist theils verpflichtet, theils legt sie sich diese Verpflichtung auf, für wirklich notorisch Arme und Hilfsbedürftige nach Kräften Sorge zu tragen. Die vagabondirenden Bettler hospitiren indessen überall, wo sie nur irgend etwas für ihre Zwecke zu erreichen hoffen. Wir wollen wahrlich nicht hartberzig sein und uns den Leiden hilfloser Menschen verschließen; indessen ebensowenig kann uns das Ueberhandnehmen gewerbs- mäßiger Bettellei zukommend finden, jeden Bettler zu be- friedigen, weil dadurch in der That wirkliche Noth nicht gemildert, sondern nur Arbeitsfuss und Unverschämtheit gefördert wird. Dem beregten Mißstande kann unserer Ansicht nach nur dadurch energisch und mit Erfolg ent- gegengetreten werden, wenn in allen Communen Ver- einigungen der Anstößigen in's Leben gerufen werden, welche mit darzubringenden Opfern für wirklich Bedürftige sorgen, dabei aber zugleich mit aller Strenge die Straßen- und Hausbettlei zu beseitigen sich zur Aufgabe machen. Es giebt Städte (z. B. Bromberg), wo, in dieser Art verfahren, öffentliche Bettler kaum gesehen werden, weil dieselben, wo sie sich zeigen, von jedem Sicherheits-Vereinsmitgliede sofort abgefaßt werden, vor allen Dingen aber keinem Straßenbettler etwas gegeben wird. Wenn nicht bei Zeiten überall ähnliche Maßregeln ergriffen werden, dann dürfte sich manche gegenwärtig noch demüthig vorgebrachte Bitte bald in tropfzige Forderung verwandeln, wie dies auf dem Lande bereits vorgekommen.

Auflösungen der zweifelhigen Charade in No. 129: „Spiggub“ sind eingegangen von H—g—v—i; A. Scheibel; M. Weyer.

**Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.**  
 Angelommen am 6. Juni:  
 1 Dampfer m. Ballast. (Lady Havelock.)  
 Gesegelt: 10 Schiffe m. Getreide, 5 Schiffe m. Holz,  
 1 Schiff m. Marine-Effekten u. 1 Schiff m. Ballast.  
 Angelommen am 7. Juni:  
 2 Dampfer m. Ballast. (Pacific u. Stettin.) — Ferner  
 1 Schiff m. Ballast.  
 Ankommend: 1 Schiff. Wind: Nord.

**Börsen-Verkäufe zu Danzig am 7. Juni.**  
 Weizen, 330 Last, 130.31 pfd. fl. 485—525; 133 pfd. fl. 500—510; 128.29 pfd. fl. 460—495; 126.27 pfd. fl. 440—460; 124 pfd. fl. 385—400; 122 pfd. fl. 345; 120 pfd. fl. 327½, 330 vr. 85 pfd.  
 Roggen, 117.19 pfd. fl. 265, 267; 119.20 pfd. fl. 270; 124.25 pfd. fl. 285 pr. 81½ pfd.  
 Gerste, 107.109 pfd. fl. 258 pr. 72 pfd.  
 Weiße Erbsen fl. 290—315 pr. 90 pfd.

**Course zu Danzig am 7. Juni**

London 3 Mt.	Brief Geld gem.	6.17½	—
Amsterdam 2 Mt.	141	—	—
Staats-Schuldscheine	—	—	65
Westpr. Pf.-Br. 4%	—	—	74½

**Geschlossene Schiffs-Frachten vom 7. Juni.**  
 Frith of Forth u. Roblenhafen 3 s. u. Newhaven 4 s. pr. 500 Pfd. Weizen. Newcastle 13 s. pr. Load fichtert Balken. Amsterdam 17 s. 6 d. pr. Load Balken. Stettin 4½ Thlr. pr. Last Roggen.

**Meteorologische Beobachtungen.**

6	4	338,38	18,3	Deftl. mäßig, klar u. schön.
7	8	338,30	15,4	Nördl. klau, do.
	12	338,29	17,2	do. do.

**Angelkommene Fremde.**  
**Hotel du Nord:**  
 Die Kaufl. v. Stefanski a. Pelpin, Melcer aus Bromberg u. Strelke a. Mainz.  
**Hotel zum Kronprinzen:**  
 Zahnarzt Dr. Vogel a. Berlin. Die Kaufl. Kröffle a. Stettin und Caro a. Förder. Rentier Döhling aus Ebing. Oberschulze Claassen a. Steegnerwerder. Handels-Secretair Grieben a. Graubenz.  
**Walter's Hotel:**  
 Rittergutsbes. v. Zelenki a. Borred. Gutsb. Profl a. Zugdam. Landwirth Borchardt a. Königsberg. Cand. Sittmann a. Kapitowo bei Gzerwinsk. Die Kaufleute Sabazky u. P'Orange a. Berlin.  
**Hotel de Thoren:**  
 Frau v. Dieringhofen a. Stolzenbagen. Kaufm. Berliner a. Kauenburg.

**Bekanntmachung.**  
 Diejenigen Inhaber 4½ und Aproceniger **Neuer Westpreussischer Pfandbriefe**, welche die Erhebung der neuen Coupons-Serien pro 1. Juli 1866—71 in Danzig zu bewirken wünschen, haben die betreffenden Talons mit einem doppelten, die Nummer -Littera und den Kapital- Betrag der Pfandbriefe enthaltenden Verzeichnisse vom **8. bis 30. Juni d. J.**, Vormittags von **9 bis 12** und Nachmittags von **3 bis 5** Uhr, mit Ausnahme der Sonntage, beim Landschafts-Rentmeister Jungfer im Landschafts-Kassen-Lokale zu Danzig einzureichen. Die Herren Präsentanten erhalten eins der beiden eingereichten Verzeichnisse, nachdem der Rentmeister Jungfer über den Empfang der eingereichten Talons darauf quittirt, zurück und haben gegen dessen Rückgabe in kürzester Frist die neuen Coupons-Serien vom Rentmeister Jungfer entgegen zu nehmen. Schemata zu den Talons-Verzeichnissen werden durch den Rentmeister Jungfer ebenfalls verabreicht. Marienwerder, den 1. Juni 1866.

Direction der Neuen Westpreussischen Landschaft.  
 v. Rabe.

**Victoria-Theater.**  
 Freitag, den 8. Juni. Zum zweiten Male: **Berliner Droschkenfutschler**. Poffe mit Gesang und Tanz in 3 Akten und 7 Bildern von A. Weirauch. Musik von Th. Hauptner. **Ballet.**

**Krebsmarkt 6** an der Promenade ist ein kleines Stübchen nebst Kabinet zu vermieten.

Im Krüge zu Schönfeld hat sich ein Pudel eingefunden; derselbe ist gegen Insektions-Gebühren und Futterkosten binnen 3 Tagen abzuholen, widrigenfalls er sonst als Eigenhum betrachtet wird.

MEDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS

**Keine grauen Haare mehr!**  
**Melanogène**  
 von Diquemare aus in Rouen  
 Fabrik in Rouen, rue St-Nicolas, 39.  
 Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nuancen, ohne Gefahr für die Haut zu färben. — Dieses Farbmittel ist das Beste aller Zeiten zu gewöhnen.  
 En-gros-Niederlage bei  
**Fr. Wolf und Sohn Hofief. in Carlsruhe.**

Exemplare des „Danziger Dampfboots“ **Nr. 127** werden zurückgekauft in der Expedition, Portschaisengasse Nr. 5.

Zur Abfassung von **Gelegenheits-Gedichten** jeder Art ist stets bereit  
**Luise v. Duisburg,**  
 Fleischergasse Nr. 1.

**Dombau-Poffe à 1 Thlr.**  
 sind zu haben bei **Edwin Groening,**  
 Portschaisengasse Nr. 5.